

# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **BULGARIEN UND RUMÄNIEN: EU-STANDARDS BEI JUSTIZ SOWIE BEKÄMPFUNG VON KORRUPTION UND ORGANISIERTER KRIMINALITÄT WEITER NICHT ERFÜLLT**

Die Kommission hat am 18.07.2011 erneut Berichte über die Fortschritte Bulgariens und Rumäniens bei der Erfüllung der EU-Standards in den Bereichen Justizreform sowie Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität angenommen. Beide Länder können zahlreiche Anforderungen auch fünf Jahre nach dem Beitritt nicht einhalten. Daher wird die Überwachung fortgesetzt. Der Bericht zu Rumänien wird überlagert von der Bewertung der gravierenden, institutionellen Maßnahmen, die die rumänische Regierung und das rumänische Parlament in den vergangenen Wochen zur Vorbereitung und Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Staatspräsident *Basescu* ergriffen haben. Kommissionspräsident *Barroso* äußerte daran scharfe Kritik. Der Parteienstreit dürfe nicht zur Außerkraftsetzung grundlegender demokratischer Prinzipien und gegenseitiger Kontrolle der Institutionen führen. Die EU sei auf Werten wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gegründet. *Barroso* bestätigte, dass sich der rumänische Ministerpräsident *Ponta* schriftlich verpflichtet habe, Forderungen zur Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz vollständig zu erfüllen. Darüber werde die Kommission bis Ende 2012 erneut berichten.

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/cvm/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/cvm/index_de.htm)

Bericht zu Rumänien:

[http://ec.europa.eu/cvm/docs/com\\_2012\\_410\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/cvm/docs/com_2012_410_de.pdf)

Bericht zu Bulgarien:

[http://ec.europa.eu/cvm/docs/com\\_2012\\_411\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/cvm/docs/com_2012_411_de.pdf)

### **KOMMISSION BEREITET KROATIENS BEITRITT VOR – EINSTELLUNG VON 249 KROATISCHEN STAATSANGEHÖRIGEN GEPLANT**

Knapp ein Jahr vor der zum 01.07.2013 geplanten Aufnahme Kroatiens als 28. Mitgliedstaat der EU hat die Kommission am 12.07.2012 mehrere Dokumente zur administrativen Vorbereitung angenommen. Im Mittelpunkt steht



dabei, wie stets bei Beitritten, die Einstellung von Staatsangehörigen des neuen Mitgliedstaats in den Europäischen Institutionen. Die Kommission plant, 249 kroatische Staatsbürger einzustellen. Wie üblich hat die Kommission diese Zahl auf Grundlage des Bevölkerungsanteils Kroatiens von 4,443 Mio. Einwohnern in Bezug auf die EU-Gesamtbevölkerung berechnet. Nähere Informationen finden sich unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/776&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/sefcovic/documents/croatia\\_SEC-2012-435\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/sefcovic/documents/croatia_SEC-2012-435_de.pdf)

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/sefcovic/documents/croatia\\_SEC-2012-436\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/sefcovic/documents/croatia_SEC-2012-436_de.pdf)

## **ZWISCHENBILANZ DES TRANSPARENZREGISTERS VON EP UND KOMMISSION**

Ein Jahr nach Eröffnung des gemeinsamen Transparenzregisters von EP und Kommission hat die Kommission eine erste Bilanz gezogen. Kommissionsvizepräsident *Šefčovič* teilte mit, dass sich inzwischen über 5150 Einrichtungen eingetragen haben. Gleichzeitig startete die Kommission eine Konsultation. Anhand der bis 31.08.2012 möglichen Antworten will sie den ersten Jahresbericht über das Register erstellen und Anhaltspunkte für eine mögliche Überarbeitung der Rechtsgrundlage im nächsten Jahr gewinnen.

Nähere Informationen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/681&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=en>

Konsultation bis 31.08.2012:

[http://ec.europa.eu/transparency/civil\\_society/consultation/transparency\\_register\\_de.htm](http://ec.europa.eu/transparency/civil_society/consultation/transparency_register_de.htm)

Stellungnahme EP-Vizepräsident *Wieland*:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120625IPR47616/html/EU-Transparency-Register-over-5000-interest-groups-sign-up-in-first-year>



Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **KOMMISSION KÜNDIGT EUROPÄISCHE STRATEGIE FÜR CYBERSICHERHEIT AN**

Die Kommission hat am 09.07.2012 eine europäische Strategie für Cybersicherheit angekündigt, die derzeit gemeinsam mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst erarbeitet wird. Das umfassende Konzept soll neben Behörden auch den Privatsektor einbeziehen. Die Strategie soll sich einer Vielzahl von Politikbereichen widmen, die durch Risiken und Bedrohungen der Cybersicherheit beeinträchtigt werden können. Sie soll Maßnahmen umfassen, die u. a. auf den Schutz von Infrastrukturen und auf Cyber-Kriminalität gerichtet sind und externen Aspekten, wie der Bedeutung des Cyber-Raums für Demokratiebewegungen sowie dem Kapazitätenaufbau in Drittstaaten Rechnung tragen.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/751&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION SCHLÄGT NEUE VORSCHRIFTEN FÜR FAHRZEUGKONTROLLEN FÜR MEHR STRASSENVERKEHRSSICHERHEIT VOR**

Die Kommission hat am 13.07.2012 ein „Verkehrssicherheitspaket“ von drei Rechtsakten für eine strenger geregelte technische Überwachung von Kraftfahrzeugen vorgelegt. Kernstück der Reformvorschläge ist eine neue Verordnung zur technischen Überwachung von Kraftfahrzeugen und ihren Anhängern. Der Vorschlag sieht insbesondere vor, dass Fahrzeuge, die älter als sieben Jahre sind, einer jährlichen Inspektion unterzogen werden müssen. Ein weiterer Vorschlag betrifft die Verordnung zur sogenannten „technischen Unterwegskontrolle“ von Nutzfahrzeugen. Die spontanen technischen Kontrollen (von jährlich 5 % des Bestands an Fahrzeugen, die in den Anwendungsbereich fallen) sollen sich dabei künftig auf Fahrzeuge von Unternehmen mit einem nachteiligen Risikoprofil konzentrieren. Schließlich will die Kommission die Richtlinie 1999/37/EG über Zulassungsdokumente für Fahrzeuge ändern, v. a. hinsichtlich der Vorkehrungen zum Entzug und zur Annullierung von erteilten Fahrzeugzulassungen, insbesondere um Parallelzulassungen in verschiedenen Mitgliedstaaten zu vermeiden.

Eine entsprechende Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/780&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



[TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](#)

### **KOMMISSION BESCHLIESST AUSWEITUNG DER EU-INITIATIVE FÜR INTELLIGENTE STÄDTE**

Die Kommission hat am 10.07.2012 beschlossen, die 2011 ins Leben gerufene EU-Initiative „Smart Cities and Communities“ (SSC) zu einer Innovationspartnerschaft auszubauen und die Mittel für die Initiative aufzustocken. Das Programm soll ab 2013 neben dem Energie- und dem Verkehrsbereich auch Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) abdecken. Der dazu zur Verfügung gestellte Etat von bislang 81 Mio. € (2012) wird auf 365 Mio. € (2013) erhöht.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/760&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=en>

### **EUGH: VERBOT VON WERBUNG FÜR AUSLÄNDISCHE SPIELBANKEN IST ZULÄSSIG**

Der EuGH hat in einem Urteil vom 12.07.2012 entschieden, dass ein Mitgliedstaat die Werbung für eine in einem anderen Mitgliedstaat gelegene Spielbank untersagen darf, wenn der Schutz der Spielteilnehmer dort nicht gleichwertig ist. Eine solche Bestimmung stellt nach Ansicht der Richter in Anbetracht ihres Zwecks, nämlich des Schutzes vor den Gefahren des Glücksspiels, für ausländische Betreiber von Spielbanken keinen unverhältnismäßigen Eingriff in die Dienstleistungsfreiheit dar.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=124991&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=27284>

### **KOMMISSION STARTET KONSULTATION FÜR BESSERE HILFE FÜR OPFER VON VERKEHRSUNFÄLLEN IM EU-AUSLAND**

Die Kommission hat am 19.07.2012 eine öffentliche Konsultation gestartet, um Personen, die in einen Verkehrsunfall mit grenzüberschreitendem Bezug verwickelt sind, bei der Geltendmachung eventueller Schadensersatzansprüche Hilfe zu leisten. Schätzungen zufolge sind bei mindestens 2 % der Straßenverkehrsunfälle in der EU Besucher aus einem anderen EU-Land betroffen. Aufgrund der unterschiedlichen und zum Teil verwirrenden einzelstaatlichen Be-



stimmungen ist es kein Einzelfall, dass es den Opfern letztlich verwehrt bleibt, Schadensersatz zu erhalten. Ziel der Konsultation ist es laut Vizepräsidentin der Kommission, *Viviane Reding*, wirksame Lösungen anzubieten und sicherzustellen, dass alle Opfer angemessenen Zugang zur Justiz haben.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/807&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **KOMMISSION UNTERBREITET VORSCHLAG FÜR STÄRKERES STRAFRECHTLICHES VORGEHEN GEGEN BETRÜGER ZUM SCHUTZ VON STEUERGELDERN**

Am 11.07.2012 hat die Kommission einen Richtlinienvorschlag beschlossen, der unionsweit einheitliche strafrechtliche Tatbestände und Sanktionen zur Ahndung von gegen den EU-Haushalt gerichteten Betrugstaten vorsieht. Die Regelung erfolgt vor dem Hintergrund, dass allein im Jahr 2010 EU-weit über 600 Fälle des Betrugsverdachts ermittelt wurden. Bisher divergieren die mitgliedstaatlichen Regelungen zur Betrugsstrafbarkeit zum Nachteil der EU sehr stark. Wird ein Fall in einem Land mit Freiheitsstrafe geahndet, so sieht das Rechtssystem eines anderen Landes für den gleichen Tatbestand keine Strafe vor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/544&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/767&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **OLAF-JAHRESBERICHT ZU BETRUG UND KORRUPTION**

Die Bekämpfung von Betrug und Korruption zulasten des EU-Haushaltes wird weiter intensiviert. In seinem am 03.07.2012 vorgelegten Jahresbericht verzeichnet das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) einen Anstieg von Betrugs- und Korruptionsfällen, insbesondere im Zollbereich der Europäischen Union. OLAF gelang es 2011, einen Betrag von 691 Mio. € zurückzufordern.

[http://ec.europa.eu/anti\\_fraud/documents/reports-olaf/2011/olaf\\_report\\_2011.pdf](http://ec.europa.eu/anti_fraud/documents/reports-olaf/2011/olaf_report_2011.pdf)



## **KOMMISSION LEGT VORSCHLAG ZUR EUROPaweITEN MUSIK-LIZENZIERUNG VOR**

Am 11.07.2012 hat die Kommission einen Richtlinienvorschlag zur Vereinfachung der Musiklizenzierung vorgelegt. Er will mehr Transparenz und ein verbessertes Management der Verwertungsgesellschaften schaffen und dadurch die multiterritoriale und repertoireübergreifende Vergabe von Urheberrechtsrechten an Musikstücken für die Online-Verbreitung in der EU/im EWR erleichtern.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/copyright/management/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/management/index_en.htm)  
[http://ec.europa.eu/internal\\_market/copyright/docs/management/com-2012-3722\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/docs/management/com-2012-3722_en.pdf)

## **EP FORDERT BASISKONTO**

In seiner Entschließung vom 04.07.2012 mit Empfehlungen an die Kommission zum Zugang zu grundlegenden Bankdienstleistungen fordert das EP einen Rechtsanspruch auf grundlegende Bankdienstleistungen für alle EU-Bürger.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120704IPR48262/html/Grundlegende-Bankdienstleistungen-m%C3%BCssen-f%C3%BCr-alle-EU-B%C3%BCrger-zug%C3%A4nglich-sein>  
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0293+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

## **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DER EUROGRUPPE VOM 09.07.2012**

Die Eurogruppe hat *Jean-Claude Juncker* das Mandat für eine weitere zweieinhalbjährige Amtszeit als Präsident der Eurogruppe erteilt. *Juncker* kündigte aber an, dass er sein Amt Ende 2012/Anfang 2013 niederlegen werde. Der CEO des vorübergehenden Rettungsfonds EFSF, *Klaus Regling*, wird geschäftsführender Direktor des ESM. Daneben erzielte die Eurogruppe eine politische Einigung über das sog. „Memorandum of Understanding“ zu den Finanzhilfen zur Rekapitalisierung der spanischen Banken. Formal angenommen werden soll das spanische Rettungsprogramm am 20.07.2012 im Rah-



men einer Telefonschaltkonferenz. Mit Zypern soll bis September ein umfassendes Anpassungsprogramm vereinbart werden. Zur weiteren Vorgehensweise bezüglich des Rettungsprogramms für Griechenland wurden noch keine Festlegungen getroffen. Konkrete Entscheidungen sollen erst im September fallen. Slowenien hat in der Sitzung der Eurogruppe bekräftigt, dass es keinen Antrag auf Finanzhilfen stellen möchte. Die Kommission hat angekündigt, den Legislativvorschlag zur Einrichtung einer einheitlichen Bankenaufsicht im Euroraum Anfang September vorzulegen.

### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 10.07.2012**

Der ECOFIN-Rat hat die länderspezifischen Empfehlungen für alle 27 Mitgliedstaaten sowie für den Euroraum im Rahmen des Europäischen Semesters formal angenommen. Zuvor waren diese vom Europäischen Rat am 28./29.06.2012 politisch gebilligt worden (EB 13/12). Die Annahme durch den ECOFIN-Rat war daher nur noch reine Formsache. Der Kommissionsvorschlag, die Frist für Spanien zur Reduzierung seines übermäßigen Defizits auf unter 3 % bis 2014 zu verlängern, wurde vom ECOFIN-Rat einstimmig angenommen. Der ECOFIN-Rat empfiehlt den Präsidenten der Nationalbank Luxemburg, *Yves Mersch*, als Mitglied des Exekutivdirektoriums der EZB. Die formale Entscheidung trifft der ER nach Anhörung des EP und des EZB-Rates. Das Pilotprojekt zur Einführung von Projektbonds wurde vom ECOFIN-Rat verabschiedet, nachdem am 05.07.2012 bereits das EP das Pilotprojekt mit großer Mehrheit gebilligt hatte.

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/ecofin/131686.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ecofin/131686.pdf)

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/131662.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/131662.pdf)

### **ABSCHLUSS DER SIEBTEN TROIKA-MISSION IN IRLAND**

Die Troika, bestehend aus Vertretern des IWF, der EZB und der Kommission, hat vom 03.07. bis 12.07.2012 die siebte vierteljährliche Überprüfung der Umsetzung des irischen Konsolidierungs- und Reformprogramms abgeschlossen. Die Troika kam zu dem Ergebnis, dass Irland mit der Programmumsetzung trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen auf Kurs ist. Das positive Votum der Troika schafft die Grundlage für die Auszahlung der nächsten Darlehenstranche. Über den EFSM und die EFSF soll 1 Mrd. € ausgezahlt



werden. Hinzu kommen 0,7 Mrd. € an bilateralen Darlehen von Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums sowie 0,9 Mrd. € vom IWF. Die nächste Troika-Mission in Irland wurde für Oktober 2012 terminiert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/556>

### **KOMMISSION AKTUALISIERT VORSCHLÄGE ZUM NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN**

Die Kommission hat am 06.07.2012 ihren am 29.06.2011 vorgelegten Vorschlag zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen aktualisiert. Dabei wird der bisher außer Betracht gelassene EU-Beitritt Kroatiens berücksichtigt und der Finanzrahmen an die aktuellen Wirtschaftsprognosen angepasst. Nach Darstellung der Kommission handelt es sich lediglich um eine technische Anpassung. Der aktualisierte Vorschlag sieht bei den Verpflichtungsermächtigungen für 2014 bis 2020 nunmehr einen Betrag von 1,033 Billionen € (1,08 % des BNE) vor (in konstanten Preisen von 2011). Der ursprüngliche Vorschlag enthielt lediglich 1,025 Billionen € an Verpflichtungsermächtigungen (1,05 % des BNE). Die Zahlungsermächtigungen erhöhen sich von 972 Mrd. € auf 988 Mrd. € (1,03 % des BNE statt bisher 1,0 % des BNE).

[http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin\\_fwk1420/MFF\\_COM\\_2012\\_388\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin_fwk1420/MFF_COM_2012_388_de.pdf)

### **POSITION DES RATES ZUM EU-HAUSHALT 2013**

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) hat sich am 11.07.2012 auf die Ratsposition zum EU-Haushalt 2013 verständigt. Die Kommission hatte am 25.04.2012 vorgeschlagen, die Zahlungsermächtigungen um 6,8 % auf 137,9 Mrd. € (1,03 % des BNE) zu erhöhen. Die Verpflichtungsermächtigungen steigen nach dem Kommissionsvorschlag demgegenüber nur um 2 % auf 150,9 Mrd. € (1,13 % des BNE). Der Rat spricht sich für deutliche Kürzungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag aus. Aus Sicht des Rates sollen die Zahlungsermächtigungen gegenüber 2012 lediglich um 2,79 % auf 132,7 Mrd. € steigen, die Verpflichtungsermächtigungen um 1,27 % auf 149,78 Mrd. €.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/131690.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/131690.pdf)



## **ABSCHLUSS DES BEIHILFEVERFAHRENS DER BAYERISCHEN LANDESBANK**

Der Bayerische Ministerpräsident *Horst Seehofer* und der Bayerische Staatsminister der Finanzen, *Dr. Markus Söder*, trafen zusammen mit Bundesfinanzminister *Dr. Wolfgang Schäuble* am 09.07.2012 in Brüssel den für Wettbewerbsfragen zuständigen EU-Kommissar *Joaquín Almunia*. Dabei wurde eine Grundsatzvereinbarung (sog. „Handshake“) über die Auflagen für den Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens der BayernLB erzielt. Kommissar *Almunia* hält die BayernLB mit ihrem neuen Geschäftsmodell für lebensfähig, aktiv und wettbewerbsfähig. Die formale Entscheidung der Kommission über den Abschluss des Beihilfeverfahrens wird für Ende Juli erwartet.

## **KOMMISSION UNTERBREITET VORSCHLAG FÜR STÄRKERES STRAFRECHTLICHES VORGEHEN GEGEN BETRÜGER ZUM SCHUTZ VON STEUERGELDERN**

Am 11.07.2012 hat die Kommission einen Richtlinienvorschlag unterbreitet, der unionsweit einheitliche strafrechtliche Tatbestände und Sanktionen zur Ahndung von gegen den EU-Haushalt gerichteten Betrugstaten vorsieht. Die Regelung erfolgt vor dem Hintergrund, dass allein im Jahr 2010 EU-weit über 600 Fälle des Betrugsverdachts ermittelt wurden. Bisher divergieren die mitgliedstaatlichen Regelungen zur Betrugsstrafbarkeit zum Nachteil der EU sehr stark. Wird ein Fall in einem Land mit Freiheitsstrafe geahndet, so sieht das Rechtssystem eines anderen Landes für den gleichen Tatbestand keine Strafe vor (s. dazu Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/544&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/767&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

## **EP FORDERT BASISKONTO**

In seiner Entschließung vom 04.07.2012 mit Empfehlungen an die Kommission zum Zugang zu grundlegenden Bankdienstleistungen fordert das EP einen Rechtsanspruch auf grundlegende Bankdienstleistungen für alle EU-Bürger (s. dazu Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120704IPR48262/html/Grundlegende->



[Bankdienstleistungen-m%C3%BCssen-f%C3%BCr-alle-EU-B%C3%BCrger-zug%C3%A4nglich-sein  
http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0293+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0293+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

### **E-BOOKS: VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN FRANKREICH UND LUXEMBURG ERÖFFNET**

Die Kommission hat am 03.07.2012 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Luxemburg und Frankreich wegen der Anwendung ermäßigter Mehrwertsteuersätze auf E-Books eröffnet. Die seit 01.01.2012 gültigen ermäßigten Mehrwertsteuersätze von 7 % in Frankreich bzw. 3 % in Luxemburg verstoßen nach Ansicht der Kommission gegen EU-Recht (EB 11/11) (s. dazu auch Beitrag des Geschäftsbereichs IUK- und Medienpolitik in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/taxation/vat/key\\_documents/communications/com\\_2011\\_851\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/key_documents/communications/com_2011_851_de.pdf)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:347:0001:0118:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **VORSCHLÄGE ZUR ZUKÜNFTIGEN REGULIERUNG VON CO<sub>2</sub>-GRENZWERTEN FÜR PKW UND KLEINLASTWAGEN AB 2020**

Am 11.07.2012 hat die Kommission ihre Vorschläge für die Weiterentwicklung der CO<sub>2</sub>-Regulierung im Straßenverkehr vorgelegt. Sie betreffen die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 zur CO<sub>2</sub>-Regulierung von PKW und die Verordnung (EU) Nr. 510/2011 zur CO<sub>2</sub>-Regulierung von Kleinlastwagen. Dabei geht es jeweils um die Modalitäten für ein im Jahr 2020 zu erreichendes, flottenbezogenes Emissionsziel von 95g CO<sub>2</sub>/km bei PKW bzw. 147 g CO<sub>2</sub>/km für Kleinlastwagen. Diese Werte waren bereits nach geltendem Recht als Zielgrößen definiert, so dass die Relevanz der Vorschläge in verschiedenen Bestimmungen zur Konkretisierung dieser Pflicht für die einzelnen Hersteller liegt. Deutsche Hersteller haben geltend gemacht, dass die Vorschläge die Lastenverteilung im Vergleich zur bisher verwendeten Methode zu Lasten von



Premiumherstellern verändern und ihnen damit im Vergleich zu Volumenherstellern überproportionalen Aufwand aufbürdeten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/771&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION SCHLÄGT STRENGERE REGELN ZUR TECHNISCHEN FAHRZEUGÜBERWACHUNG VOR**

Die Kommission hat am 13.07.2012 ein „Verkehrssicherheitspaket“ von drei Rechtsakten für eine strenger geregelte technische Überwachung von Kraftfahrzeugen vorgelegt. Nach Angaben der Kommission sind technische Mängel für 6 % aller Autounfälle und jährlich 2.000 Verkehrstote verantwortlich. 8 % aller Motorradunfälle würden durch technische Mängel verursacht. Eine effektivere technische Überwachung könne einen Teil dieser Sach- und Personenschäden vermeiden. Nach den Vorschlägen sollen ältere PKW und Kleinlastwagen (bis zu 3,5 t) ab dem sechsten Jahr nach der Erstzulassung jährlich einer Verkehrs- und Betriebssicherheitsprüfung unterzogen werden; bei besonders hoher Laufleistung (160.000 km nach vier Jahren) soll der Jahresrhythmus bereits früher greifen. Auch kleinere Motorräder und Motorroller sowie leichte Anhänger sollen künftig zur Hauptuntersuchung vorgeführt werden müssen, da das Unfall- und Verletzungsrisiko hier besonders hoch sei. Die Vorschriften sind als Mindestharmonisierung konzipiert, so dass Mitgliedstaaten noch strengere Intervalle in ihrem Hoheitsgebiet durchsetzen können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/780&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOHÄSIONSPOLITIK 2014 - 2020: REGI-AUSSCHUSS ERTEILT BERICHTERSTATTEN MANDAT FÜR VERHANDLUNGEN MIT RAT UND KOMMISSION**

Am 11.07.2012 hat der EP-Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) über den Großteil der von der Kommission am 06.10.2011 vorgeschlagenen Strukturfondsverordnungen für die Zeit 2014 – 2020 abgestimmt. Dies betrifft u. a. die fondsübergreifende Grundverordnung (GrundVO), die Verordnung über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE-VO) und die Verordnung über die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ-VO). Der Ausschuss spricht sich im Wesentlichen für mehr Flexibilität der Mitgliedstaaten bei der Programmplanung aus und weicht daher die Kommissions-



vorschläge zur strengen thematischen Konzentration der Fördermittel an vielen Stellen auf. Makroökonomische Konditionalitäten sowie die Leistungsreserve lehnt er ab, horizontale Ex-ante-Konditionalitäten der Strukturfondsförderung will er hingegen beibehalten. Wichtig ist dem Ausschuss die Stärkung des sog. Partnerschaftsprinzips und damit die stärkere Einbindung der regionalen und lokalen Akteure (Mehrebenen-Governance). Die Abstimmung erteilt den Berichterstattern das Mandat für die informellen Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission. Eine Einigung soll bis Ende des Jahres erreicht werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20120709IPR48491%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE>

#### **LETZTE AUFRUFE DES 7. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMMS: BRÜCKENSCHLAG ZU „HORIZONT 2020“**

Am 10.07.2012 hat die Kommission die letzten und finanziell größten Aufrufe des 7. Forschungsrahmenprogramms (FRP) veröffentlicht. In 2013, dem letzten Durchführungsjahr des 7. FRP, stehen dabei 8,1 Mrd. € für Forschungs- und Innovationsprojekte zur Verfügung. Die Ausrichtung der aktuellen Aufrufe steht im Kontext der Europa 2020-Strategie und der daraus resultierenden Folgeinitiativen. Die Zielsetzungen, die die EU mit der Leitinitiative „Innovationsunion“ und der Schaffung des Europäischen Forschungsraums aufstellt, sowie die Vorbereitung des nächsten FRP mit der Bezeichnung „Horizont 2020“ (2014 - 2020) bestimmen die Ausgestaltung der Arbeitsprogramme dieser Ausschreibungsrunde (s. dazu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/752&format=HTML&aged=0&language=DE>

#### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MITTEILUNG ZUM EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRaum**

Die Kommission hat am 17.07.2012 ihre Mitteilung „Eine verstärkte Partnerschaft im Europäischen Forschungsraum im Zeichen von Exzellenz und Wachstum“ vorgelegt. Ziel ist es, einen Binnenmarkt für Forschung und Innovation in Europa zu schaffen, in dem Forscherinnen und Forscher leichter in andere Staaten wechseln sowie Forschungseinrichtungen und Unternehmen besser grenzüberschreitend kooperieren können. Die meisten der aufgezeig-



ten Aufgaben richten sich an die Mitgliedsstaaten und umfassen neben dem Forschungsbereich im engeren Sinn auch Maßnahmen aus anderen Politikfeldern. Dazu zählen u. a. die bessere Übertragbarkeit von Pensionsansprüchen und mobilitätsfördernde Erleichterungen von Aufenthaltserlaubnissen für Drittstaatenangehörige. Die Mitteilung stützt sich auf die Festlegung der Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat (ER) im Februar 2011 und März 2012, den Europäischen Forschungsraum bis 2014 zu verwirklichen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen beruhen auf dem Prinzip der freiwilligen verstärkten Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, Kommission und Forschungsorganisationen, wobei sich die Kommission Legislativmaßnahmen vorbehält (s. dazu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/788&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **VERORDNUNGSVORSCHLAG ZU KLINISCHEN VERSUCHEN MIT HUMANARZNEIMITTELN**

Am 17.07.2012 hat die Kommission einen Verordnungsvorschlag zur Revision der Richtlinie 2001/20/EG zu klinischen Versuchen mit Humanarzneimitteln vorgestellt. Durch die neue Verordnung soll insbesondere ein einheitlicher Rahmen für die pharmazeutische Forschung in der EU geschaffen werden, da aus Sicht der Kommission die sinkende Zahl der klinischen Prüfungen (2007 - 2011 um ein Viertel) u. a. auf eine uneinheitliche und bürokratielastige Umsetzung der Richtlinie 2001/20/EG durch die Mitgliedstaaten zurückzuführen sind (s. dazu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/795&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **KOMMISSION STARTET INNOVATIONSPARTNERSCHAFT „SMART CITIES AND COMMUNITIES“**

Die Kommission hat am 10.07.2012 beschlossen, die bereits seit 2011 bestehende EU-Initiative „Smart Cities and Communities“ (SCC) zu einer Innovationspartnerschaft auszubauen und den Mittelansatz deutlich zu erhöhen. In der Innovationspartnerschaft sollen relevante öffentliche und private Akteure vernetzt werden, um verschiedene intelligente städtische Technologien im Hinblick auf nachhaltige Lebensräume nutzbar zu machen. Einbezogen sind die Sektoren Energie, Verkehr sowie Informations- und Kommunikations-



technologien (IKT).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/760&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=en>

## **RAT NIMMT PILOTPROJEKT ZUR EINFÜHRUNG VON PROJEKTBONDS AN**

Der ECOFIN-Rat hat am 10.07.2012 das Pilotprojekt zur Einführung von Projektbonds angenommen. Am 05.07.2012 hatte es bereits das EP mit großer Mehrheit gebilligt (EB 13/12). Durch die Projektbonds soll die Finanzierung großer, strategisch wichtiger Infrastrukturprojekte erleichtert werden. Es handelt sich dabei um private Schuldtitel, die von einer Projektgesellschaft ausgegeben werden. Sie sind damit strikt von den Eurobonds, einer gemeinschaftlichen Schuldenaufnahme der Mitgliedstaaten des Euroraums, zu unterscheiden (s. zu den wesentlichen Ergebnissen des ECOFIN-Rates vom 10.07.2012 den Beitrag des StMF in diesem EB).

Die Vollständige Pressemitteilung zur Sitzung des Rates am 10.07.2012 finden Sie unter (nur Englisch):

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/ecofin/131686.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ecofin/131686.pdf)

## **KONSULTATION ZUM AKTIONSPLAN „UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE“**

Die Kommission hat am 09.07.2012 eine öffentliche Konsultation zum Thema „Unternehmerische Initiative“ gestartet. Auf Grundlage der Ergebnisse plant sie für Herbst 2012 einen Aktionsplan, der Anreize für mehr und einfachere selbständige Berufstätigkeit in Europa setzen soll. Neue Unternehmen hätten mit 4,1 Mio. neuer Arbeitsplätze pro Jahr das größte Beschäftigungspotential. Die Konsultation endet am 01.10.2012.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/797&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=entrepreneurship&lang=de>

## **PROGRESS-MIKROFINANZIERUNG: KOMMISSION STELLT UMSETZUNGSBERICHT VOR**

Die Kommission hat am 17.07.2012 ihren zweiten Umsetzungsbericht bzgl. der



Progress-Mikrofinanzierung vorgelegt. Aufgrund der Förderung der Gründung von Kleinstunternehmen habe sich das europäische Progress-Mikrofinanzierungsinstrument als „erfolgreiches Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ erwiesen, erklärte die Kommission mit Blick auf den Bericht und hob dabei besonders die Gruppen hervor, die nur schwer Zugang zu herkömmlichen Finanzierungsquellen bekommen. Die Brüsseler Behörde informierte, dass 20 Mikrokreditanbieter aus ganz Europa Bürgschaften oder Finanzmittel aus dem Instrument erhalten hätten, mittels deren sie in den nächsten zwei bis drei Jahren Darlehen im Gesamtwert i. H. v. 170 Mio. € an künftige Kleinstunternehmer vergeben sollen (s. dazu Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/796&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **KONSULTATION ZUR REFORM DES BEIHILFEVERFAHRENSRECHTS**

Am 13.07.2012 hat die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung der Beihilfe-Verfahrensverordnung (EG) Nr. 659/1999 eingeleitet. Das mit der Überarbeitung verbundene Anliegen der Kommission ist die Möglichkeit, sich auf für den Binnenmarkt wesentliche Fälle konzentrieren und diese rascher abschließen zu können. Dazu will sie insbesondere eingehende Beschwerden je nach Relevanz unterschiedlich rasch und intensiv bearbeiten und Marktinformationen in einem früheren Verfahrensstadium direkt von Unternehmen – und damit jenseits der Informationsübermittlung durch die Mitgliedstaaten – einholen können. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis zum 05.10.2012 möglich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/783&format=HTML&aged=0&language=DE&guiL>

#### **KONSULTATION ZUR REFORM DER BEIHILFEVORSCHRIFTEN FÜR RISIKOKAPITALFÖRDERUNG**

Die Kommission hat am 16.07.2012 eine Konsultation zur Überarbeitung der beihilferechtlichen Leitlinien für die Förderung von Risikokapitalinvestitionen für die Zeit ab 2014 begonnen. Im Vorfeld der Überarbeitung möchte die Kommission mit Hilfe eines online-Fragebogens Einschätzungen und Informationen zu den Marktentwicklungen bei der Bereitstellung von Beteiligungs- und Kreditfinanzierungen für rentable KMU erhalten. Ebenso interessiert sich die Kom-



mission für Erfahrungen im Umgang mit den risikokapitalbezogenen Vorschriften der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (EG) Nr. 800/2008. Die Konsultation dauert bis zum 05.10.2012.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/789&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION PLÄDIERT FÜR DIE AUFNAHME VON VERHANDLUNGEN FÜR EIN FREIHANDELSABKOMMEN MIT JAPAN**

Die Kommission hat am 18.07.2012 beschlossen, den Rat formell gemäß Art. 207 Abs. 3, 218 Abs. 2, 3 AEUV um ein Mandat für die Aufnahme von Verhandlungen zum Abschluss eines Freihandelsabkommens (FHA) mit Japan zu ersuchen. Die Kommission erhofft sich vom einem FHA mit Japan Exportsteigerungen von 32,7 %, einen Anstieg von 0,8 % des europäischen BIP sowie 420.000 neue Arbeitsplätze. Vor allem die Bereiche Maschinenbau, Verkehrsausstattung und chemische Produkte würden von einem FHA profitieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/810&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **KROES KÜNDIGT EMPFELUNGEN ZUR ZÜGIGEREN VERSORGUNG MIT ULTRASCHNELLEM BREITBAND AN**

Auf Grundlage zweier im Herbst 2011 durchgeführter Konsultationen zum Zugang neuer Mitbewerber zu Telefon- und Breitbandnetzen etablierter Betreiber (EB 17/11) kündigte Vizepräsidentin *Neelie Kroes*, Kommissarin für die Digitale Agenda, am 12.07.2012 Empfehlungen zur Netzneutralität und zur Kostenberechnung für regulierte Großhandelspreise beim Netzzugang sowie Verpflichtungen für traditionelle Netzbetreiber zugunsten neuer Anbieter an (s. dazu Beitrag des Geschäftsbereichs der IuK- und Medienpolitik).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/552&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 16.07.2012 IN BRÜSSEL**

Am 16.07.2012 tagte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei in Brüssel. Für den Bereich der Landwirtschaft standen Orientierungsaussprachen über Instrumente zu Risikomanagement und Einkommenssicherung im Rahmen der



2. Säule der GAP sowie außergewöhnliche Maßnahmen zur Bewältigung von Marktkrisen auf der Tagesordnung. Der zyprische Landwirtschaftsminister und neue Ratspräsident, *Sofoclis Alettaris*, stellte sein Arbeitsprogramm für die zweite Jahreshälfte 2012 vor. Eine weitere Anfrage Polens zur Wiedereinführung der Exporterstattung für Milchprodukte (EB 12/12) fand keine Zustimmung von Agrarkommissar *Cioloş*. Er stellte die neuesten Zahlen für den Milchmarkt vor und informierte die Minister über Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit China im Bereich Landwirtschaft. Die dänische Delegation informierte über die Ergebnisse einer Zahlstellenkonferenz, die im Juni 2012 im dänischen Horsens stattfand. Spanien berichtete über Waldbrände in der Region Valencia. AUT und NLD forderten striktere Begrenzungen und klare Regelungen für den Tiertransport, u. a. eine Begrenzung der Transportzeiten für Schlachttiere auf acht Stunden sowie Fortschritte bei Ladungsdichte und Raumvorschriften.

Weitere Informationen unter:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/131755.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/131755.pdf)

#### **KONFERENZ ZUR GAP-REFORM AM 13.07.2012 IN BRÜSSEL: AUSSAGEN VON AGRARKOMMISSAR CIOLOŞ**

Im Rahmen der hochrangigen Konferenz „The CAP towards 2020 – taking stock with civil society“, die am 13.07.2012 in Brüssel stattfand, betonte Agrarkommissar *Cioloş* die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der GAP und deren aktuellen Nutzen, gerade in den krisengeschüttelten EU-Mitgliedstaaten. Die GAP könne einer der Schlüssel für den wirtschaftlichen Aufschwung sein, weil sie Arbeitsplätze schaffen und nachhaltiges Wachstum generieren könne. Im Jahr 2011 hätten die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelbranche der EU den Gegenwert von mehr als 1.000 Airbus-Flugzeugen exportiert. Eine GAP ohne Greening sei jedoch nicht vorstellbar, da umweltfreundliche Methoden Schlüsselkriterien für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige landwirtschaftliche Produktion seien. Ein starkes „grünes Kapitel“ sei nötig, um die ökologischen und ökonomischen Aspekte dieses Politikbereichs zu stärken. Am Nachmittag des 13.07.2012 endete auch die Frist für Änderungsanträge zu den EP-Berichten für die GAP-Reform. EP und Rat haben nun laut Agrarkommissar *Cioloş* die politische Verantwortung und die Legitimation für das Mitentscheidungsverfahren. Die Kommission werde sich aktiv dafür einsetzen, dass ein positiver endgültiger Kompromiss erreicht werde.



Vollständige Rede unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/557&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Informationen zur Konferenz unter:

[http://ec.europa.eu/agriculture/events/cap-conference-2012\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/events/cap-conference-2012_en.htm)

### **EUGH ZU GEMÜSESAATGUT: ANBAU UND INVERKEHRBRINGEN „ALTER SORTEN“ OHNE ZULASSUNG MÖGLICH**

In seinem Urteil vom 12.07.2012 stellt der EuGH fest, dass für Gemüsesaatgut der Anbau und das Inverkehrbringen sogenannter „alter Sorten“ unter bestimmten Bedingungen und in begrenztem Umfang ohne Zulassung erlaubt ist. Zwar gelte nach der Richtlinie 2002/55/EG des Rates über den Verkehr mit Gemüsesaatgut grundsätzlich, dass die Sorte in mindestens einem Mitgliedstaat zugelassen sein müsse. Allerdings sehe die Richtlinie 2009/145/EG der Kommission Ausnahmen von dieser Regelung für „Erhaltungssorten“ und „für den Anbau unter besonderen Bedingungen gezüchteter Sorten“ („alte Sorten“) vor. Beide Richtlinien seien gültig und würden weder durch Grundsätze des Unionsrechts noch durch internationale Verpflichtungen beeinträchtigt.

Pressemitteilung unter:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2012-07/cp120097de.pdf>

Vollständiges Urteil unter:

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-59/11>

### **MEINUNGSUMFRAGE DER KOMMISSION ZU ERNÄHRUNGSSICHERHEIT, LEBENSMITTELQUALITÄT UND LÄNDLICHEM RAUM**

Am 06.07.2012 veröffentlichte die Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Kommission die Ergebnisse der Umfrage „Eurobarometer: Wie denken Europäer über Ernährungssicherheit, Lebensmittelqualität und das Verhältnis zwischen der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum“. Danach machen sich 56 % (DEU: 86 %, GRC: 6 %) der Befragten keine Sorgen über den Umfang der Nahrungsmittelproduktion in ihrem Land, allerdings sind 76 % (DEU: 85 %) besorgt über den Umfang der globalen Nahrungsmittelproduktion. Die Qualität des Lebensmittels spielt für 96 %, der Preis für 91 % (BUL: 98 %, DEU: 83 %) der Befragten eine Rolle bei der Kaufentscheidung. Weniger wichtig sind Herkunft (71 %, GRC, ITA: ca. 90 %, DEU:



74 %, NLD: 47 %), Qualitäts- und Gütesiegel (67 %) und Marke (47 %). Landwirtschaft wirke sich positiv auf die Umwelt aus (81 %, DEU: 71 %, DNK: 43 %), trage zur Schönheit des ländlichen Raums bei (86 %, DEU: 73 %) und helfe, ländliche Gebiete zu schützen (89 %, DEU: 88 %).

Studie unter:

[http://ec.europa.eu/agriculture/survey/2012/389\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/survey/2012/389_de.pdf)

### **ZWEITES TREFFEN DER HOCHRANGIGEN GRUPPE „WEIN“**

Am 06.07.2012 traf sich die Hochrangige Gruppe (High Level Group, HLG) „Wein“ zum zweiten Mal zu Gesprächen über die Zukunft der Pflanzrechtregelung im Weinbau. Dabei wurden auch die unterschiedlichen Vorstellungen von Interessenverbänden dargestellt. *Cioloş* hatte die HLG Wein als Reaktion auf die ablehnende Haltung mehrerer Mitgliedstaaten, darunter DEU, gegen die 2008 beschlossene Abschaffung der Pflanzrechtregelung ins Leben gerufen (EB 08/12). Das vorletzte Treffen der HLG soll am 21.09.2012 in Sizilien stattfinden. Voraussichtlich wird die Gruppe bis Ende 2012 ihre Empfehlungen für den Weinbau-Sektor vorlegen.

### **KOMMISSION AKTUALISIERT VORSCHLÄGE ZUM NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN**

Die Kommission hat am 06.07.2012 ihren am 29.06.2011 vorgelegten Vorschlag zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen aktualisiert. Dabei wird der bisher außer Betracht gelassene EU-Beitritt Kroatiens berücksichtigt und der Finanzrahmen an die aktuellen Wirtschaftsprognosen angepasst. Nach Darstellung der Kommission handelt es sich lediglich um eine technische Anpassung. Der aktualisierte Vorschlag sieht bei den Verpflichtungsermächtigungen für 2014 - 2020 nunmehr einen Betrag von 1,033 Billionen € (1,08 % des BNE) vor (in konstanten Preisen von 2011). Der ursprüngliche Vorschlag enthielt lediglich 1,025 Billionen € an Verpflichtungsermächtigungen (1,05 % des BNE). Die Zahlungsermächtigungen erhöhen sich von 972 Mrd. € auf 988 Mrd. € (1,03 % des BNE statt bisher 1,0 % des BNE) (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB). Für Rubrik 2 (Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen) steigen die Verpflichtungsermächtigungen von 382,92 Mrd. auf 386,47 Mrd. €.

[http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin\\_fwk1420/MFF\\_COM\\_2012\\_388\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin_fwk1420/MFF_COM_2012_388_de.pdf)



### **POSITION DES RATES ZUM EU-HAUSHALT 2013**

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) hat sich am 11.07.2012 auf die Ratsposition zum EU-Haushalt 2013 verständigt. Die Kommission hatte am 25.04.2012 vorgeschlagen, die Zahlungsermächtigungen um 6,8 % auf 137,9 Mrd. € (1,03 % des BNE) zu erhöhen. Die Verpflichtungsermächtigungen steigen nach dem Kommissionsvorschlag demgegenüber nur um 2 % auf 150,9 Mrd. € (1,13 % des BNE). Der Rat spricht sich für deutliche Kürzungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag aus. Aus Sicht des Rates sollen die Zahlungsermächtigungen gegenüber 2012 lediglich um 2,79 % auf 132,7 Mrd. € steigen, die Verpflichtungsermächtigungen um 1,27 % auf 149,78 Mrd. € (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/131690.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/131690.pdf)

### **EFSA-BERICHT ZU DIOXINEN UND POLYCHLORIERTEN BIPHENYLEN IN LEBENS- UND FUTTERMITTELN**

Am 18.07.2012 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) einen Bericht über die Konzentrationen von Dioxinen und polychlorierten Biphenylen (PCB) in Lebens- und Futtermitteln veröffentlicht. Demnach hat die ernährungsbedingte Exposition gegenüber Dioxinen und PCB generell abgenommen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/2832.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **INFORMELLES TREFFEN DER EU-MINISTER FÜR BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALE ANGELEGENHEITEN AM 12./13.07.2012**

Die Einbeziehung der Sozialpartner, Nichtregierungsorganisationen und lokalen Behörden bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020 bildete einen Schwerpunkt der Debatten im Rahmen des informellen Treffens der Minister für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, das am 12./13.07.2012 im zyprischen Nikosia stattfand. Zudem diskutierten die Minister u. a. über das im April 2012 von der Kommission vorgeschlagene sog. „Beschäftigungspaket“ (EB 08/12). An dem Treffen nahmen u. a. auch EU-Sozialkommissar *László Andor* und die Vorsitzende des EP-Ausschusses für Beschäftigung und soziale



Angelegenheiten, *Pervenche Berès*, teil.

<http://www.cy2012.eu/index.php/de/news-categories/areas/employment-social-policy/press-release---enhancing-the-role-of-social-stakeholders-a-key-priority-for-eu-future-on-employment>

### **BIOZIDPRODUKTE: AKTUALISIERTE VORSCHRIFTEN ZUM SCHUTZ VON GESUNDHEIT UND UMWELT**

Die Kommission teilte mit, dass die neuen Vorschriften über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten am 17.07.2012 in Kraft getreten sind. Diese sollen die bestehende Richtlinie 98/8/EG ablösen. Die neuen Vorschriften sollen den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt verbessern. Zu Bioziden zählen u. a. in Haushalten oder Krankenhäusern verwendete Desinfektionsmittel, Rattengift, Insektenschutzmittel und Antischimmelspray. Mit der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 sollen diese chemischen Produkte künftig sicherer gemacht und ihre Zulassung vereinfacht werden, wodurch auch der freie Verkehr auf dem Binnenmarkt verbessert werde, so die Kommission.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/794&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **SOZIALE SICHERHEIT: NEUE REGELUNGEN FÜR FLUG- UND KABINEN-BESATZUNGEN SOWIE SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE GRENZGÄNGER**

Für selbständig erwerbstätige Grenzgänger und Flugpersonal sind am 28.06.2012 neue EU-Vorschriften zur sozialen Sicherheit in Kraft getreten. Mit den neuen Vorschriften, die Teil einer Reihe von technischen Änderungen der Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und Nr. 987/2009 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit betreffen, soll u. a. Flugbegleitern und Piloten der Zugang zum System der sozialen Sicherheit erleichtert werden.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1594&furtherNews=yes>

### **PROGRESS-MIKROFINANZIERUNG: KOMMISSION STELLT UMSETZUNGSBERICHT VOR**

Die Kommission hat am 17.07.2012 ihren zweiten Umsetzungsbericht bzgl. der Progress-Mikrofinanzierung vorgelegt. Aufgrund der Förderung der Gründung



von Kleinstunternehmen habe sich das europäische Progress-Mikrofinanzierungsinstrument als „erfolgreiches Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ erwiesen, erklärte die Kommission mit Blick auf den Bericht und hob dabei besonders die Gruppen hervor, die nur schwer Zugang zu herkömmlichen Finanzierungsquellen bekommen. Die Brüsseler Behörde informierte, dass 20 Mikrokreditanbieter aus ganz Europa Bürgschaften oder Finanzmittel aus dem Instrument erhalten hätten, mittels deren sie in den nächsten zwei bis drei Jahren Darlehen im Gesamtwert i. H. v. 170 Mio. € an künftige Kleinstunternehmer vergeben sollen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/796&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **KOMMISSION, EP UND EUROPÄISCHER RAT: TREFFEN MIT HOCHRANGIGEN VERTRETERN DER KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN**

„Solidarität zwischen den Generationen: Weichenstellung für die europäische Gesellschaft von morgen“, lautete das Motto des Treffens von Kommission, EP und Europäischem Rat mit hochrangigen Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften am 12.06.2012 in Brüssel. Weitere Themen bildeten der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Förderung des aktiven Alterns und die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben. Die Teilnehmer forderten eine stärkere Sensibilisierung für die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen und mehr Verantwortung in wichtigen Bereichen. Dazu gehöre, so die Kommission, eine größere Solidarität zwischen Jung und Alt, die Bekämpfung von Diskriminierungen und ein effektiver Beitrag zur Gesamtstrategie für mehr Wachstum in Europa.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/10781\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10781_de.htm)

#### **OLYMPISCHE UND PARALYMPISCHE SPIELE 2012: STÄRKERE VERTRETUNG VON FRAUEN IM SPORT GEFORDERT**

Mehr Anstrengungen, um die Vertretung von Frauen im Sport und in Sportgremien zu verbessern sowie den Kampf gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung zu verstärken, forderten die beiden EU-Kommissarinnen *Viviane Reding* und *Androulla Vassiliou* in einem Brief an die Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und des Internationalen Paralympischen Komitees (IPC) im Vorfeld der Olympischen und Paralympischen Spiele 2012



in London. Sie verweisen darauf, dass die Geschlechtergleichstellung ein Grundprinzip der EU sowie ein Grundrecht sei, gleichzeitig aber auch eine unerlässliche Voraussetzung, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ziele der EU zu erreichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/513&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

### **KOHÄSIONSPOLITIK 2014 - 2020: REGI-AUSSCHUSS ERTEILT BERICHTERSTATTERN MANDAT FÜR VERHANDLUNGEN MIT RAT UND KOMMISSION**

Am 11.07.2012 hat der EP-Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) über den Großteil der von der Kommission am 06.10.2011 vorgeschlagenen Strukturfondsverordnungen für die Zeit 2014 – 2020 abgestimmt. Dies betrifft u. a. die fondsübergreifende Grundverordnung (GrundVO), die Verordnung über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE-VO) und die Verordnung über die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ-VO). Der Ausschuss spricht sich im Wesentlichen für mehr Flexibilität der Mitgliedstaaten bei der Programmplanung aus und weicht daher die Kommissionsvorschläge zur strengen thematischen Konzentration der Fördermittel an vielen Stellen auf. Makroökonomische Konditionalitäten sowie die Leistungsreserve lehnt er ab, horizontale Ex-ante-Konditionalitäten der Strukturfondsförderung will er hingegen beibehalten. Wichtig ist dem Ausschuss die Stärkung des sog. „Partnerschaftsprinzips“ und damit die stärkere Einbindung der regionalen und lokalen Akteure (Mehrebenen-Governance). Die Abstimmung erteilt den Berichterstattern das Mandat für die informellen Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission. Eine Einigung soll bis Ende des Jahres erreicht werden (s. dazu Beitrag des StMWIVT in diesem EB). Bzgl. des Europäischen Sozialfonds (ESF) hatte zuvor der EP-Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten am 05.07.2012 in Straßburg über den Bericht der französischen Berichterstatte<sup>r</sup>in *Elisabeth Morin-Chartier* (EVP) abgestimmt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20120709IPR48491%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **AUSSCHUSS FÜR BILDUNG UND KULTUR DES EP SETZT SEINE DISKUSSION ZU „ERASMUS FÜR ALLE“ FORT**

Am 10.07.2012 hat der EP-Ausschuss für Kultur und Bildung seine am 29.05.2012 begonnene Aussprache zum Kommissionsvorschlag über das künftige EU-Programm „Erasmus für alle“ (EB 11/12) fortgesetzt. In ihrer Einführung zeigte sich die Ausschussvorsitzende und Berichterstatterin *Doris Pack* (EVP/DEU) hinsichtlich der Frage der internationalen Dimension, des künftigen Programmausschusses, von Vorgaben hinsichtlich der Zahl der Nationalen Agenturen pro Mitgliedstaat und der Eröffnung der Möglichkeit für Nachbarschaftsländer, als sich vollwertige Teilnahmeländer am künftigen Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm zu beteiligen, in grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem vom Rat im Mai angenommenen Kompromisstext (EB 10/12). Eine abweichende Haltung vertrat sie hingegen bezüglich des für die Verabschiedung des jährlichen Arbeitsprogramms anzuwendenden Instruments: Die vorgesehenen Durchführungsrechtsakte seien durch delegierte Rechtsakte zu ersetzen, um eine angemessene Beteiligung des EP zu gewährleisten. MdEP *Pack* kündigte die Vorlage ihres ersten Berichtsentwurfs für September 2012 an.

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ZU POLITIK UND PRAXIS FÜR LERNENDE MIT BEHINDERUNG IN DEN BILDUNGSSYSTEMEN DER MITGLIEDSTAATEN**

Am 10.7.2012 hat die Kommission einen Bericht zu Politik und Praxis des Umgangs mit Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen sowie behinderten Erwachsenen im Bildungsbereich in Europa veröffentlicht und auf dieser Grundlage Empfehlungen ausgesprochen. Die Studie zeigt, dass behinderte Menschen in ganz Europa die Schule häufiger ohne oder mit einem niedrigeren Abschluss verlassen, seltener Hochschulen besuchen und auf dem Arbeitsmarkt tendenziell benachteiligt sind. Zwischen den Mitgliedstaaten bestünden große Unterschiede bei der Identifikation von Kindern mit besonderen Bedürfnissen und deren Unterbringung in eigenen Förderschulen oder an Regelschulen. Die Kommission empfiehlt vor diesem Hintergrund nachdrücklich den Abbau von Barrieren, die benachteiligte Gruppen daran hindern, in Schule, Ausbildung und Beruf erfolgreich zu sein, etwa durch eine Selbstverpflichtung auf konkrete Ziele zur Verbesserung des Bildungsniveaus von behinderten



Menschen. Mitgliedstaaten mit einem hohen Anteil von behinderten Kindern in Förderschulen sollten inklusive Bildungsangebote mit Nachdruck ausbauen. Gleichzeitig stellt die Studie bei Betonung der grundsätzlichen Vorzüge inklusiver Bildung für alle Schülerinnen und Schüler fest, dass die Aufnahme von Lernenden mit sehr schweren Beeinträchtigungen an Regelschulen häufig mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist und nicht immer die beste Lösung darstellt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/761&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>  
<http://www.nesse.fr/nesse/activities/reports/activities/reports/disability-special-needs-1>

#### **KOHÄSIONSPOLITIK 2014 - 2020: REGI-AUSSCHUSS ERTEILT BERICHTERSTATTERN MANDAT FÜR VERHANDLUNGEN MIT RAT UND KOMMISSION**

Am 11.07.2012 hat der EP-Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) über den Großteil der von der Kommission am 06.10.2011 vorgeschlagenen Strukturfondsverordnungen für die Zeit 2014 - 2020 abgestimmt. Dies betrifft u. a. die fondsübergreifende Grundverordnung (GrundVO), die Verordnung über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE-VO) und die Verordnung über die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ-VO). Der Ausschuss spricht sich im Wesentlichen für mehr Flexibilität der Mitgliedstaaten bei der Programmplanung aus und weicht daher die Kommissionsvorschläge zur strengen thematischen Konzentration der Fördermittel an vielen Stellen auf. Makroökonomische Konditionalitäten sowie die Leistungsreserve lehnt er ab, horizontale Ex-ante-Konditionalitäten der Strukturfondsförderung will er hingegen beibehalten. Wichtig ist dem Ausschuss die Stärkung des sog. Partnerschaftsprinzips und damit die stärkere Einbindung der regionalen und lokalen Akteure (Mehrebenen-Governance). Die Abstimmung erteilt den Berichterstattern das Mandat für die informellen Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission. Eine Einigung soll bis Ende des Jahres erreicht werden (s. dazu Bericht des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bIM-PRESS%2b20120709IPR48491%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fEN&language=DE>



## **KOMMISSION, EP UND EUROPÄISCHER RAT: TREFFEN MIT HOCHRANGIGEN VERTRETERN DER KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN**

„Solidarität zwischen den Generationen: Weichenstellung für die europäische Gesellschaft von morgen“, lautete das Motto des Treffens von Kommission, EP und Europäischem Rat mit hochrangigen Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften am 12.06.2012 in Brüssel. Weitere Themen bildeten der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Förderung eines aktiven Alterns und die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben. Die Teilnehmer forderten eine stärkere Sensibilisierung für die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen und mehr Verantwortung in wichtigen Bereichen. Dazu gehöre, so die Kommission, eine größere Solidarität zwischen Jung und Alt, die Bekämpfung von Diskriminierungen und ein effektiver Beitrag zur Gesamtstrategie für mehr Wachstum in Europa (s. dazu Beitrag des StMAS in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/10781\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10781_de.htm)

## **OLYMPISCHE UND PARALYMPISCHE SPIELE 2012: STÄRKERE VERTRETUNG VON FRAUEN IM SPORT GEFORDERT**

In einem Brief an die Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und des Internationalen Paralympischen Komitees (IPC) im Vorfeld der Olympischen und Paralympischen Spiele 2012 in London fordern die beiden EU-Kommissarinnen *Androulla Vassiliou* und *Viviane Reding* mehr Anstrengungen zur verbesserten Vertretung von Frauen im Sport und in Sportgremien sowie zur Verstärkung des Kampfs gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung. Sie verweisen darauf, dass die Geschlechtergleichstellung ein Grundprinzip der Europäischen Union sowie ein Grundrecht sei. Daher unterstütze die Kommission bereits gleichstellungsbezogene Projekte, an denen die europäischen olympischen und paralympischen Sportorganisationen beteiligt sind. Diese Aktionen sollten eingebunden werden in einen gemeinsamen Rahmen, der künftig mit dem IOC und IPC entwickelt werden solle. Befürwortet werde auch ein Maßnahmenplan, dessen Zielvorgaben staatliche und nichtstaatliche Organisationen bis 2020 erreichen sollen. Im Rahmen des EU-Sportforums am 19./20.09.2012 in Nikosia solle diese Idee mit Blick auf eine Agenda für Good Governance im Sport diskutiert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/513&form>



[at=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr](#)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MITTEILUNG ZUM EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAUM**

Die Kommission hat am 17.07.2012 ihre Mitteilung „Eine verstärkte Partnerschaft im Europäischen Forschungsraum im Zeichen von Exzellenz und Wachstum“ vorgelegt. Ziel ist es, einen Binnenmarkt für Forschung und Innovation in Europa zu schaffen, in dem Forscherinnen und Forscher leichter in andere Staaten wechseln sowie Forschungseinrichtungen und Unternehmen besser über Grenzen hinweg kooperieren können. Die meisten der aufgezeigten Aufgaben richten sich an die Mitgliedstaaten und umfassen neben dem Forschungsbereich im engeren Sinne auch Maßnahmen aus anderen Politikfeldern. Dazu zählen u. a. die bessere Übertragbarkeit von Pensionsansprüchen und mobilitätsfördernde Erleichterungen von Aufenthaltserlaubnissen für Drittstaatenangehörige. Die Mitteilung stützt sich auf die Festlegung der Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat (ER) vom Februar 2011 und März 2012, den Europäischen Forschungsraum bis 2014 zu verwirklichen (EB 03/11). Die vorgeschlagenen Maßnahmen beruhen auf dem Prinzip der freiwilligen verstärkten Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, Kommission und Forschungsorganisationen, wobei sich die Kommission Legislativmaßnahmen vorbehält.

EFR-Mitteilung:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2012/com2012\\_0392de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2012/com2012_0392de01.pdf)

Kommissionshomepage zum EFR:

[http://ec.europa.eu/research/era/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/research/era/index_de.htm)

### **LETZTE AUFRUFE DES 7. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMMS: BRÜCKENSCHLAG ZU „HORIZONT 2020“**

Am 10.07.2012 hat die Kommission die letzten und finanziell größten Aufrufe des 7. Forschungsrahmenprogramms (FRP) veröffentlicht. In 2013, dem letzten Durchführungsjahr des 7. FRP, stehen dabei 8,1 Mrd. € für Forschungs- und Innovationsprojekte zur Verfügung. Die Ausrichtung der aktuellen Aufrufe steht im Kontext der Europa 2020-Strategie und der daraus resultierenden Folgeinitiativen. Die Zielsetzungen, die sich die EU mit der Leitinitiative



„Innovationsunion“ und der Schaffung des Europäischen Forschungsraums (EFR) setzt, sowie die Vorbereitung des nächsten FRP mit der Bezeichnung „Horizont 2020“ (2014 - 2020) bestimmen die Ausgestaltung der Arbeitsprogramme dieser Ausschreibungsrunde.

7. Forschungsrahmenprogramm:

[http://ec.europa.eu/research/fp7/index\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/research/fp7/index_en.cfm)

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/752&format=HTML&aged=0&language=DE>

### **KOMMISSIONSMITTEILUNG ZUM BESSEREN ZUGANG ZU WISSENSCHAFTLICHEN DATEN**

In der Mitteilung „Verbesserung des Zugangs zu wissenschaftlichen Informationen: Steigerung der Wirkung öffentlicher Investitionen in die Forschung“ hat die Kommission am 17.07.2012 Maßnahmen vorgestellt, mit denen sie den freien Zugang zu wissenschaftlichen Daten in Europa fördern will. Es soll Forschern und Unternehmen erleichtert werden, auf die Ergebnisse öffentlich geförderter Forschung zuzugreifen und diese zu nutzen. Die von der Kommission umrissenen Handlungsfelder umfassen Kostenmodelle bei Abonnements bei wissenschaftlichen Publikationen, teilweise nur in begrenzten Kreisen erfolgende Veröffentlichungen wissenschaftlicher Erkenntnisse und digitale Datenspeicherung. Die Mitteilung steht im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums (EFR) und konkretisiert die diesbezügliche Kommissionsmitteilung vom selben Tag (s. Beitrag in diesem EB). Für den EFR strebt die Kommission u. a. einen verstärkten Austausch, eine bessere Zugänglichkeit und einen intensiveren Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse an.

Mitteilungstext:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0401:FIN:DE:PDF>

### **KONSULTATION ZU FORSCHUNGSINFRASTRUKTUREN GESTARTET**

Am 15.07.2012 hat die GD Forschung und Innovation der Kommission eine öffentliche Online-Konsultation zu Forschungsinfrastrukturen und zur Sondierung möglicher Maßnahmen unter „Horizont 2020“ im Anschluss an die integrierenden Aktivitäten des 7. Forschungsrahmenprogramms (FRP) gestartet.



Zukünftige Maßnahmen sollen auf einen breiteren und effizienteren Zugang zu Forschungsinfrastrukturen in der EU, assoziierten Staaten und auch Drittstaaten abzielen. Eine unabhängige Expertengruppe wird die Ergebnisse analysieren und einen öffentlichen Bericht erstellen. Auf der Konsultationsseite wurden auch ein Hintergrunddokument zu den Integrierenden Aktivitäten sowie entsprechende im 7. FRP geförderte Maßnahmen verlinkt. Insbesondere die Betreiber von Forschungsinfrastrukturen sowie ihre Nutzerinnen und Nutzer sind bis 22.10.2012 zur Beteiligung aufgerufen.

Kommissionswebseite zur Konsultation „Forschungsinfrastrukturen“:

[http://ec.europa.eu/research/infrastructures/index\\_en.cfm?pg=consultation](http://ec.europa.eu/research/infrastructures/index_en.cfm?pg=consultation)

### **KOHÄSIONSPOLITIK 2014 - 2020: REGI-AUSSCHUSS ERTEILT BERICHTERSTATTERN MANDAT FÜR VERHANDLUNGEN MIT RAT UND KOMMISSION**

Am 11.07.2012 hat der EP-Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) über den Großteil der von der Kommission am 06.10.2011 vorgeschlagenen Strukturfondsverordnungen für die Zeit 2014 - 2020 abgestimmt. Er hat damit den Berichterstattern das Mandat für die informellen Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission erteilt. Der Ausschuss spricht sich im Wesentlichen für mehr Flexibilität der Mitgliedstaaten bei der Programmplanung aus und weicht daher die Kommissionsvorschläge zur strengen thematischen Konzentration der Fördermittel an vielen Stellen auf. Bezüglich der Verordnung über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE-VO) sind die Vorgaben zur thematischen Konzentration ein zentrales Thema für die Ausgestaltung der operationellen Programme. Die Kommission hatte vorgeschlagen, dass sogenannte stärker entwickelte Regionen, wie Bayern, 80 % der Mittel für drei bestimmte Ziele verwenden müssen und dabei u. a. die Kultur als Förderbereich nicht mit einbezogen. Der REGI-Ausschuss stimmte nun für eine Absenkung des gebundenen Mittelanteils auf 70 %. Dazu sollen die Regionen neben drei vorgegebenen nun ein viertes, frei wählbares Ziel in diesen Mittelanteil einbeziehen können. Weitere Flexibilisierungen nach dem Votum des Ausschusses sind die Förderfähigkeit auch von großen Unternehmen und von grundlegenden Infrastrukturvorhaben, auch in stärker entwickelten Regionen, wie Bayern. Die Bereiche Kultur, Sport und Tourismus werden dabei explizit in die förderfähigen Infrastrukturbereiche mit aufgenommen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).



Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

### **VORSCHLÄGE ZUR ZUKÜNFTIGEN REGULIERUNG VON CO<sub>2</sub>-GRENZWERTEN FÜR PKW UND KLEINLASTWAGEN AB 2020**

Am 11.07.2012 hat die Kommission ihre Vorschläge für die Weiterentwicklung der CO<sub>2</sub>-Regulierung im Straßenverkehr vorgelegt. Sie betreffen die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 zur CO<sub>2</sub>-Regulierung von PKW und die Verordnung (EU) Nr. 510/2011 zur CO<sub>2</sub>-Regulierung von Kleinlastwagen. Dabei geht es jeweils um die Modalitäten für ein im Jahr 2020 zu erreichendes, flottenbezogenes Emissionsziel von 95 g CO<sub>2</sub>/km bei PKW bzw. 147 g CO<sub>2</sub>/km für Kleinlastwagen. Diese Werte waren bereits nach geltendem Recht als Zielgrößen definiert, sodass die Relevanz der Vorschläge in verschiedenen Bestimmungen zur Konkretisierung dieser Pflicht für die einzelnen Hersteller liegt. Deutsche Hersteller haben geltend gemacht, dass die Vorschläge die Lastenverteilung im Vergleich zur bisher verwendeten Methode zu Lasten von Premiumherstellern verändern und ihnen damit im Vergleich zu Volumenherstellern überproportionalen Aufwand aufbürdeten (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/771&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOHÄSIONSPOLITIK 2014 - 2020: REGI-AUSSCHUSS ERTEILT BERICHTERSTATTERN MANDAT FÜR VERHANDLUNGEN MIT RAT UND KOMMISSION**

Am 11.07.2012 hat der EP-Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) über den Großteil der von der Kommission am 06.10.2011 vorgeschlagenen Strukturfondsverordnungen für die Zeit 2014 - 2020 abgestimmt. Dies betrifft u. a. die fondsübergreifende Grundverordnung (GrundVO), die Verordnung über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE-VO) und die Verordnung über die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ-VO). Der Ausschuss spricht sich im Wesentlichen für mehr Flexibilität der Mitgliedstaaten bei der Programmplanung aus und weicht daher die Kommissionsvorschläge zur strengen thematischen Konzentration der Fördermittel an vielen Stellen auf. Nach dem Votum des Ausschusses ist die Förderung auch von großen Unternehmen und von grundlegenden Infrastrukturvorhaben (z. B.



Hochwasserschutzmaßnahmen) auch in stärker entwickelten Regionen wie Bayern möglich. Die Abstimmung erteilt den Berichterstattern das Mandat für die informellen Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission. Eine Einigung soll bis Ende 2012 erreicht werden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

### **BIOZIDPRODUKTE: AKTUALISIERTE VORSCHRIFTEN ZUM SCHUTZ VON GESUNDHEIT UND UMWELT**

Die Kommission teilte mit, dass die neuen Vorschriften über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten am 17.07.2012 in Kraft getreten sind. Diese sollen die bestehende Richtlinie 98/8/EG ablösen. Die neuen Vorschriften sollen den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt verbessern. Zu Bioziden zählen u. a. in Haushalten oder Krankenhäusern verwendete Desinfektionsmittel, Rattengift, Insektenschutzmittel und Antischimmelspray. Mit der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 sollen diese chemischen Produkte künftig sicherer gemacht und ihre Zulassung vereinfacht werden, wodurch auch der freie Verkehr auf dem Binnenmarkt verbessert werde, so die Kommission (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/794&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **ALPENKONVENTION: NACHHALTIGE ALPENDURCHQUERUNG SUPERALP! 6**

Im Rahmen des Programms „Super Alp!“ der Alpenkonvention war vom 04. - 11.07.2012 eine Gruppe von Journalisten ohne Autonutzung 1.500 km von Slowenien über den Alpenbogen bis Frankreich unterwegs, um öffentlichkeitswirksam auf die Reisemöglichkeiten in den Alpen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, per Fahrrad und zu Fuß hinzuweisen.

<http://www.alpconv.org/en/activities/SuperAlp/SuperAlp6/default.html>

### **VERORDNUNGSVORSCHLAG ZU KLINISCHEN VERSUCHEN MIT HUMANARZNEIMITTELN**

Am 17.07.2012 hat die Kommission einen Verordnungsvorschlag zur Revision der Richtlinie 2001/20/EG zu klinischen Versuchen mit Humanarzneimitteln vorgestellt. Durch die neue Verordnung soll insbesondere ein einheitlicher Rahmen für die pharmazeutische Forschung in der EU geschaffen werden, da



aus Sicht der Kommission die sinkende Zahl der klinischen Prüfungen (2007 - 2011 um ein Viertel) u. a. auf die unterschiedlichen und bürokratielastigen Regelungen in den Mitgliedstaaten im Zuge der heterogenen Umsetzung der Richtlinie 2001/20/EG zurückzuführen seien.

Verordnungsvorschlag:

[http://ec.europa.eu/health/files/clinicaltrials/2012\\_07/proposal/2012\\_07\\_proposal\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/health/files/clinicaltrials/2012_07/proposal/2012_07_proposal_en.pdf)

EU-Register für klinische Versuche:

<https://www.clinicaltrialsregister.eu>

### **KOMMISSION SETZT EXPERTENGREMIUM FÜR DIE BERATUNG ÜBER WIRKSAME GESUNDHEITSINVESTITIONEN EIN**

Per Beschluss vom 05.07.2012 hat die Kommission „ein multisektorales und unabhängiges Expertengremium für die Beratung über wirksame Gesundheitsinvestitionen“ eingesetzt. Kernaufgabe des Gremiums ist die sachkundige Unterstützung der Kommission bei der Ermittlung effizienter Möglichkeiten für Gesundheitsinvestitionen, die zur Schaffung moderner, bedarfsorientierter und tragfähiger Gesundheitssysteme führen sollen. Die Aufgabenstellung ist umfassend, so muss das Gremium u. a. folgende Kompetenzfelder zwingend abdecken: Gesundheitsplanung und Ausgabenschwerpunkte, Versorgungsforschung, Krankenhausverwaltung und Gesundheitsmanagement, Gesundheitsleistungen sowie Gesundheitserziehung und -förderung.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:198:0007:0011:DE:PDF>

### **EFSA-BERICHT ZU DIOXINEN UND POLYCHLORIERTEN BIPHENYLEN IN LEBENS- UND FUTTERMITTELN**

Am 18.07.2012 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) einen Bericht über die Konzentrationen von Dioxinen und polychlorierten Biphenylen (PCB) in Lebens- und Futtermitteln veröffentlicht. Demnach hat die ernährungsbedingte Exposition gegenüber Dioxinen und PCB generell abgenommen.

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/2832.pdf>



## **MEINUNGSUMFRAGE DER KOMMISSION ZU ERNÄHRUNGSSICHERHEIT, LEBENSMITTELQUALITÄT UND LÄNDLICHEM RAUM**

Am 06.07.2012 veröffentlichte die Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Kommission die Ergebnisse der Umfrage „Eurobarometer: Wie denken Europäer über Ernährungssicherheit, Lebensmittelqualität und das Verhältnis zwischen der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum“. Danach machen sich 56 % (DEU: 86 %, GRC: 6 %) der Befragten keine Sorgen über den Umfang der Nahrungsmittelproduktion in ihrem Land, allerdings sind 76 % (DEU: 85 %) besorgt über den Umfang der globalen Nahrungsmittelproduktion. Die Qualität des Lebensmittels spielt für 96 %, der Preis für 91 % (BUL: 98 %, DEU: 83 %) der Befragten eine Rolle bei der Kaufentscheidung. Weniger wichtig sind Herkunft (71 %, GRC, ITA: ca. 90 %, DEU: 74 %, NLD: 47 %), Qualitäts- und Gütesiegel (67 %) und Marke (47 %). Landwirtschaft wirke sich positiv auf die Umwelt aus (81 %, DEU: 71 %, DNK: 43 %), trage zur Schönheit des ländlichen Raums bei (86 %, DEU: 73 %) und helfe, ländliche Gebiete zu schützen (89 %, DEU: 88 %) (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

Studie unter:

[http://ec.europa.eu/agriculture/survey/2012/389\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/survey/2012/389_de.pdf)

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

## **KOMMISSION LEGT VORSCHLAG ZUR EUROPAAWEITEN MUSIKLIZENZIERUNG VOR**

Am 11.07.2012 hat die Kommission einen Richtlinienvorschlag zur Vereinfachung der Musiklizenzierung vorgelegt. Die Regelungen sehen mehr Transparenz, ein verbessertes Management sowie eine effektivere Kontrolle der Verwertungsgesellschaften durch direkte Mitspracherechte der Urheber bei der Verwaltung ihrer Rechte vor. Ziel ist es, die multiterritoriale sowie repertoireübergreifende Vergabe für die Online- Nutzung von Rechten an Musikwerken in der EU zu erleichtern und so die Schaffung eines EU-Binnenmarktes für Online-Musik voranzutreiben (EB 20/11). Der Vorschlag wird allgemein grundsätzlich begrüßt. Auch der Rechtsausschuss des EP hatte sich bereits mehrheitlich für den Richtlinienvorschlag ausgesprochen. Die Abstimmung im Plenum ist für den 12.09. vorgesehen. Bevor die Regelungen in Kraft treten können, muss der Rat noch zustimmen.



[http://ec.europa.eu/internal\\_market/copyright/docs/management/com-2012-3722\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/docs/management/com-2012-3722_en.pdf)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/copyright/management/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/management/index_de.htm)

### **KROES KÜNDIGT EMPFEHLUNGEN ZUR ZÜGIGEREN VERSORGUNG MIT ULTRASCHNELLEM BREITBAND AN**

Auf Grundlage zweier im Herbst 2011 durchgeführter Konsultationen zum Zugang neuer Mitbewerber zu Telefon- und Breitbandnetzen etablierter Betreiber (EB 17/11) kündigte Vizepräsidentin *Neelie Kroes*, Kommissarin für die Digitale Agenda, am 12.07.2012 Empfehlungen zur Netzneutralität und zur Kostenberechnung für regulierte Großhandelspreise beim Netzzugang sowie Verpflichtungen für traditionelle Netzbetreiber zugunsten neuer Anbieter an.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/552&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **E-BOOKS: VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN FRANKREICH UND LUXEMBURG ERÖFFNET**

Die Kommission hat am 03.07.2012 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Luxemburg und Frankreich wegen der ermäßigten Mehrwertsteuersätze auf E-Books eröffnet. Diese seit 01.01.2012 gültigen verringerten Mehrwertsteuersätze von 7 % in Frankreich bzw. 3 % in Luxemburg verstoßen nach Ansicht der Kommission gegen EU-Recht (EB 11/11).

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/taxation/vat/key\\_documents/communications/com\\_2011\\_851\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/key_documents/communications/com_2011_851_de.pdf)

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:347:0001:0118:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:347:0001:0118:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:347:0001:0118:DE:PDF)  
[F](#)

### **ONLINE KRIMINALITÄT: KOMMISSION KÜNDIGT EUROPÄISCHE CYBERSECURITY-STRATEGIE AN**

Die Kommission hat am 09.07.2012 eine europäische Strategie für Cyber-Sicherheit angekündigt, die derzeit gemeinsam mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst erarbeitet wird. Neben den schon beschlossenen Maßnahmen, wie der Einrichtung des Europäischen Cybercrime Centers in Den Haag (EB 07/12) und einer Cybercrime-Richtlinie zur Bekämpfung neuer Formen von Online-Kriminalität, sei es zur Erhöhung der Online-Sicherheit an der Zeit für



einen breiteren Ansatz unter Einbeziehung aller Bereiche, die durch Risiken und Bedrohungen der Cyber-Sicherheit beeinträchtigt werden könnten. Die Strategie soll auch den Privatsektor mit einschließen, da er über die meisten Internetinfrastrukturen verfüge.

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb\\_special\\_399\\_380\\_en.htm#390](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_399_380_en.htm#390)

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

[http://ec.europa.eu/anti\\_fraud/policy/preventing-fraud/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/anti_fraud/policy/preventing-fraud/index_de.htm)